

N i e d e r s c h r i f t
über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung
des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
am 16. Januar 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5930](#)

b) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5071](#)

Verfahrensfragen..... 4
2. **Rechtsextreme türkische Ülkücü-Bewegung konsequent bekämpfen - „Graue Wölfe“ in Niedersachsen verbieten!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2880](#)

Verfahrensfragen..... 6
3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG**
(in vertraulicher Sitzung) 7

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Gerd Hujahn (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
3. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
4. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
5. Abg. Christoph Plett (CDU)
6. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
7. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
8. Abg. Klaus Wichmann (AfD)

Stellvertretendes Ausschussmitglied:

Abg. Julius Schneider (SPD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Miller.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrat Wieseahn.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:04 Uhr bis 14:17 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die öffentlichen Teile der 15. und der 16. Sitzung sowie über den nicht öffentlichen Teil der 17. Sitzung.

Russische Sabotageaktivitäten

Vors. Abg. **Gerd Hujahn** (SPD) berichtet dem Ausschuss über den Vorschlag der Fraktionen der SPD und der Grünen, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung in der nächsten Sitzung zu bitten. Diese solle sich auf die Frage beziehen, welche Maßnahmen der Verfassungsschutz ergreife, um hybride Angriffe im Vorfeld der Bundestagswahl zu verhindern.

Der **Ausschuss** unterstützt den Unterrichtungswunsch einstimmig.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE) kündigt an, den Unterrichtungswunsch noch heute schriftlich zu formulieren.¹

¹ Der Unterrichtungswunsch (siehe **Anlage**) wurde noch während der Sitzung als Tischvorlage verteilt.

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzesentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5930](#)

erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024

federführend: AfVerfSch;

mitberatend: AfRuV

b) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5071](#)

erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024

federführend: AfVerfSch;

mitberatend: AfluS

Verfahrensfragen: 15. Sitzung am 12.09.2024

Auf Vorschlag des Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) behandelt der **Ausschuss** diese beiden Punkte zusammen.

Verfahrensfragen

Beratungsgrundlage zum Antrag der CDU-Fraktion: Stellungnahme der Landesregierung (Vorlage 1 zu Drs. 5071)

Auf Vorschlag des Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) bittet der - federführende - **Ausschuss** die Landesregierung, ihren Gesetzesentwurf und ihre Stellungnahme zu dem Antrag der CDU-Fraktion in der nächsten Sitzung mündlich zu erläutern.

Auf Bitten des Abg. **Christoph Plett** (CDU) kommt der **Ausschuss** überein, den Mitgliedern des - mitberatenden - Ausschusses für Inneres und Sport anheimzustellen, an der nächsten Sitzung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Auf eine weitere Anregung des Abg. **Christoph Plett** (CDU) hin ersucht der **Ausschuss** die Verfassungsschutzbehörde, ihm einen synoptischen Überblick über die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie über die für sie geltenden Speicher- und Löschfristen vorzulegen.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) weist darauf hin, dass es beim Verfassungsschutzgesetz in besonderer Weise darauf ankomme, die Handlungsfähigkeit des Staates einerseits und den Schutz der Grundrechte in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Er regt deshalb an, zu dem Gesetzentwurf und dem Antrag eine Anhörung durchzuführen. Über die Einzelheiten könne in der nächsten Sitzung beraten werden.

Tagesordnungspunkt 2:

Rechtsextreme türkische Ülkücü-Bewegung konsequent bekämpfen - „Graue Wölfe“ in Niedersachsen verbieten!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2880](#)

direkt überwiesen am 22.11.2023

federführend: AfluS;

Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT: AfVerfSch

zuletzt beraten im vertraulichen Teil der 12. Sitzung am 11.04.2024

Verfahrensfragen

Abg. **Christoph Plett** (CDU) regt an, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen, um sich näher darüber zu informieren, auf welche gesellschaftlichen Bereiche die Ülkücü-Bewegung einwirke. Er schlägt vor, zu dieser Anhörung auch die Mitglieder des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport einzuladen.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) entgegnet, es sei sicherlich sinnvoll, bei der Beratung des Antrages eng mit dem federführenden Ausschuss zusammenzuarbeiten. Nicht so klar sei allerdings, ob eine Anhörung erforderlich sei, zumal die Zuständigkeit für etwaige Vereinsverbote auf der Bundesebene läge. Der Abgeordnete empfiehlt, zunächst die Niederschrift über den vertraulichen Teil der 12. Sitzung näher auszuwerten und dann gemeinsam mit dem Innenausschuss über die Durchführung einer Anhörung zu entscheiden.

Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD) weist auf die Möglichkeit hin, die Ülkücü-Bewegung zu einem Thema der geplanten gemeinsamen Informationsreise mit dem Ausschuss für Inneres und Sport nach Berlin zu machen.

Tagesordnungspunkt 3:

Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG

Der **Ausschuss** behandelt diesen Tagesordnungspunkt in einem vertraulichen Sitzungsteil, über den eine gesonderte Niederschrift erstellt wird.



An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
Gerd Hujahn

16. Januar 2025

Antrag auf Unterrichtung im Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir bitten um Unterrichtung durch die Landesregierung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zu folgendem Thema:

Russische Sabotageaktivitäten

Der NDR berichtete¹ am 11. November 2024, der niedersächsische Verfassungsschutz warne vor einer zunehmenden russischen Einflussnahme in Deutschland. Spionage und Sabotageaktionen nähmen stetig zu, doch bestünden auch Ansätze für neue Abwehrstrategien. Zitiert wird in dem Artikel der niedersächsische Verfassungsschutzpräsident Dirk Pejril mit seiner Warnung vor einer diesbezüglichen akuten Bedrohung. Er spreche auch von Hinweisen auf den zunehmenden Einsatz sogenannter Hilfsagenten. Hoffnung setze der Verfassungsschutz hingegen auf technologische Innovationen, insbesondere den Einsatz künstlicher Intelligenz, wobei diese jedoch zugleich auch ein Teil des Problems sein könne, da mit ihrer Hilfe zunehmend schwieriger identifizierbare Fälschungen von Bildern und Videos produziert werden könnten.

Frage:

Wie stellt sich der Verfassungsschutz auf und welche Maßnahmen wurden oder werden ergriffen, um solche Angriffe zu verhindern und abzuwehren?

(1) https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Niedersachsens-Verfassungsschutz-warnt-vor-Spionage-Sabotage-Russland,russland1700.html

Wir möchten sie zudem bitten, alle Ausschussmitglieder über diesen Unterrichtungsantrag zu informieren.

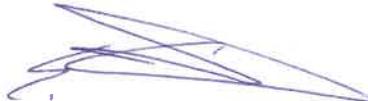
Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion der SPD



Ulrich Watermann
(stellv. Sprecher für Verfassungsschutz)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Evrin Camuz
(Sprecherin für Verfassungsschutz)